

## Zeitgeist

# Mainstream? Nein danke!

Die Schweizer Medienszene ist eine Einöde. Statt Meinungsvielfalt herrscht -einfalt. Die Weltwoche setzt auf die Kraft des Kontrapunkts. Eine Rede.

Der Titel meines Referats ist nicht von mir. Aber er gefällt mir. Er gefällt mir so gut, dass ich ihm sofort nachleben und nicht, wie üblich, vorne, sondern hinten beginnen werde. Beim «danke».

Ich habe, nun exakt dem vorgegebenen Titel folgend, meinen Vortrag in zwei Kapitel eingeteilt:

1. Der helvetische Mainstream
2. Die Funktion des Neins in Politik und Publizistik.

Am Schluss will ich auch noch auf das Ausrufezeichen eingehen.

## **1. Der helvetische Mainstream**

Was der tägliche Mainstream ist, möchte ich an einem Beispiel erklären. Fast auf den Tag genau vor 23 Monaten hatte ich einen Auftritt vor PR-Leuten und schlenderte nach Vortrag und Fragerunde an einem Kiosk vorbei. Die Schlagzeilen und Haupttitel, mit denen alle Zeitungen von Blick über Tages-Anzeiger, NZZ, Aargauer Zeitung, Berner Zeitung, Basler Zeitung, St. Galler Tagblatt bis Le Temps und Neue Luzerner Zeitung warben, haben mich derart beeindruckt, dass ich sie mir sofort notiert habe. Sie lauteten:

- «Es braucht 50000 Krippenplätze»
- «Es fehlen 50000 Krippenplätze»
- «50000 Plätze in Krippen fehlen»
- «Der Beweis: Es fehlen 50000 Plätze für Kinder»
- «Gesucht: 50000 neue Krippenplätze»
- «Il manque 50000 places en garderie»
- «50000 Kinder ohne Krippenplatz»
- «In der Schweiz fehlen 50000 Krippenplätze».

Mich haben zwei Dinge stutzig gemacht: erstens die Zahl von 50000 Krippenplätzen, die einer Zahl von 120000 Kindern entspricht, die angeblich nicht fremdbetreut werden können, obwohl sie sollten. Von meinem Bruder, der Gemeinderat in einer grösseren Thurgauer Gemeinde ist, wusste ich, dass eine Krippe im Hinterthurgau kürzlich hatte schliessen müssen. Grund: Kindermangel. Mir war auch noch eine Zahl von 500 angeblich fehlenden Plätzen in Bern präsent, die ich rasch auf die Schweiz hochrechnete: Nach dieser Rechnung fehlten im ganzen Land allerdings höchstens 25000 bis 30000 Betreuungsplätze.

Zweitens stiess mir die nationale Einfalt der Darstellung ohne jedes Fragezeichen auf: von NZZ über Tagi bis Blick, von St. Gallen bis Genf bis ins Detail die gleiche Litanei: 50000 fehlen, 50000 fehlen, 50000 fehlen...

Zurück in Bern, habe ich mir die Studie beschafft, die alle Medien ohne Ausnahme als neue Bibel der Betreuung gefeiert haben. Angefertigt und präsentiert hat die Untersuchung das (SP-)Beratungsbüro Infrac in Zürich, bezahlt hat sie der Steuerzahler.

Ich nehme hier nicht die ganze Studie auseinander, die allein den Zweck verfolgte, die anstehende politische Debatte über die Verlängerung der Bundeshilfen an Krippen in die gewünschten Bahnen zu lenken. Die Rede ist denn auch überall vom «Ausbaubedarf», vom grossen «volks-wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Nutzen» und von der Notwendigkeit einer «adäquaten Subventionspraxis». Die ganze wissenschaftliche Untersuchung bestand aus 600 Interviews mit Eltern, die ihre Kinder gerne fremdbetreut gehabt hätten, und einer eindimensional geführten Hochrechnung. Keine Themen waren: die Finanzen, die Kostenbeteiligung der Eltern, die Form der Betreuung. Kurz: Die ganze Nationalfonds-Studie war ein billig angefertigter Wunschkatalog: Gratis-Krippen für alle!

Auch von den Hintergründen der Studie oder möglichen Alternativen stand in keinem der Medienberichte nur ein Nebensätzchen oder nur ein Wörtchen. Und noch schlimmer: Niemand regte sich auf. Nur die Weltwoche, in diesem Falle ich, setzte einen Kontrapunkt, verwies auf den politischen Zweck der Aktion, auf den Missbrauch des Gütezeichens «Nationalfonds», auf die Mängel der Studie, auf die komplett falschen Zahlen etc.

Das gleiche Spiel wiederholt sich zum Beispiel mit jeder OECD-Studie, die von allen Medien staunend als neutrale und kompetente Einschätzung der Schweizer Politik von aussen dargestellt wird. Niemand fragt nach, wer diese detaillierten Berichte tatsächlich mit welchem Zweck verfasst hat. Es sind - dies ist mit mittlerer Recherche-Anstrengung leicht zu eruieren - die interessierten Bundesämter selbst, welche diese Rapporte initiieren und mehr als intensiv begleiten. Wie dies geschieht, haben Sie höchstens in der Weltwoche gelesen. Auch die NZZ setzt alle Berichte in affirmative Artikel um. Die Verwaltung hat die uneingeschränkte Lufthoheit in der Schweiz. Niemand hat ein Interesse, diese politische Dominanz anzugreifen.

Waldsterben, Klimawandel, Vogelgrippe, Sars (bereits wieder etwas vergessen), Pitbulls, Rütli, Krach im Bundesrat: Das ist die Medienszene der Schweiz zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Das ist der Mainstream, den Sie fast Tag für Tag und bei beinahe jedem Thema beobachten können.

In Bern, von wo ich angereist bin, gibt es noch den Bund und die Berner Zeitung. Warum das noch so ist, kann ich Ihnen beim besten Willen nicht erklären. Den wichtigen Sportteil haben die beiden bereits zusammengelegt. YB hat in beiden Blättern immer gleich viel Pech gehabt. Und beide verteidigen mit den genau gleichen Argumenten die Kantonsregierung und die Berner Stadtregierung; beide singen das Lied der weisen Obrigkeit; und beide schweigen, wenn es für diese peinlich wird.

Wenn Sie genau hinschauen, erkennen Sie auch, dass sich bereits im etwas konfliktfreudigeren Zürich die alten Konkurrenten NZZ und Tages-Anzeiger stark angeglichen haben. Als die Weltwoche die Zustände beim Zürcher Fürsorgeamt unter die Lupe nahm und kritisierte, verteidigten NZZ und Tagi Stadträtin Monika Stocker mit den fast identischen Worten und Entschuldigungen. Normal und etwas spannender wäre, wenn ein Blatt die Regierung angreift und wenn die Konkurrenzzeitung die Regierung verteidigt.

Es herrschen de facto bereits überall in der Schweiz, wo es kein Monopol gibt, ähnliche Verhältnisse wie in der Innerschweiz, wo dieses Ein-Blatt-Prinzip durchgezogen wurde.

Warum hat sich die Schweizer Medienszene in eine Einöde verwandelt? 1980, als ich meine erste Redaktoren-Stelle beim Winterthurer Landboten antrat, verstand die Zeitung sich als bürgerliches, freisinniges Blatt, das in einer expliziten Opposition zum linken Tages-Anzeiger und in bewusster Distanz zur grossstädtischen NZZ agierte. Es gab damals noch die Parteipresse: das Volksrecht (in Bern die Tagwacht), die damals in den AZ-Verbund eingingen, es gab eine CVP-Presse, freisinnige Blätter etc. In Bern sprach der Bund für den Freisinn der Stadt und schrieben die Vorgängerblätter der späteren Berner Zeitung für die SVP auf dem Land. In Luzern stritten sich das Vaterland und die LNN, die sich dann mit einem gewissen Getöse als einer der ersten Titel von der Stammpartei, dem Freisinn, wegbewegte.

Es gab, kurz gesagt, eine facettenreiche Presselandschaft, die geprägt war von den unterschiedlichen Interessen und Werten der Parteien und der wirtschaftlichen Akteure. Heute haben wir eine Handvoll «Leitmedien»: «10vor10», die «Tagesschau» und die Sonntagsblätter. Der grosse Rest sind gemäss dieser Definition dann die Herdenmedien.

Warum dies so ist, führt der Berner Medien-Professor Roger Blum auf spezielle charakterliche Eigenschaften der Schweizer Medienleute zurück: Sie seien, sagt er, staatsgläubiger und staatstragender als ihre ausländischen Kollegen sowie sehr harmoniebedürftig, und zwar untereinander (so dass keiner den Kollegen angreifen und beißen wolle) wie auch gegenüber dem politischen System und der Verwaltung (so dass die offizielle Doktrin meist auch die Medienmeinung werde). Ich sehe es weniger psychologisch, dafür etwas konkreter.

Zum Ersten ist es die zunehmende Dominanz der Verwaltung, die sich zu einer perfekten Kommunikationsmaschinerie entwickelt hat und die ihren vollendeten Ausdruck im neuen Medienzentrum an der Bundesgasse findet. Die schweizerischen «embedded journalists» haben nicht nur einen detaillierten Tageskalender, sondern erfahren über eine zentrale Leitstelle per Lautsprecher auch direkt von jedem Mitteilungsbedürfnis einer staatlichen oder parastaatlichen Stelle: «Die Pressekonferenz des Bundesamtes für sowieso beginnt jetzt im kleinen Konferenzsaal.»

Zweitens ist es die wirtschaftliche und gesellschaftliche Struktur der neuen Medien selbst. Die Ablösung der engagierten Parteipresse durch Forumszeitungen hat fast nur Einheitsprodukte geschaffen mit einheitlichen Mitarbeitern und einheitlichen Adressaten. Die Redaktionen bestehen aus Studienabgängern mit oder ohne Abschluss, aber sicher ohne berufliche Alternative. Das anvisierte Publikum sind die grün-links-fortschrittlich-etatistischen Städter, das urbane Milieu, wie sie sich selbst loben. Die Bürgerlichen, die Traditionalisten, die Wirtschaft, das Land und die Agglomerationen haben keine vernehmbare Stimme mehr.

## **2. Die Bedeutung des Neins**

Die politische Bedeutung eines Kontrapunktes brauche ich Ihnen als überzeugten und kämpferischen Demokraten nicht näher zu begründen. Wer gegen den Mainstream anschreibt, fördert zumindest die politische Kontroverse und hebt damit die Qualität der Entscheide auf allen Ebenen. Das ist meine tiefe journalistische Überzeugung, die ich mir auch zur weltwöchentlichen Aufgabe gemacht habe. Auf

diesem Fundament stand die Weltwoche während Jahrzehnten, darauf steht sie auch heute wieder insgesamt.

Nur kann das Nein nicht einfach das Gegenteil dessen heissen, was die andern schreiben. Das ist zwar bereits viel besser, als einfach auch das Gleiche zu schreiben, wie schon vorgeschrieben wurde. (Es ist allerdings erstaunlich, wie weit diese Taktik trägt!) Aber es genügt allerdings als Konzept nicht ganz.

Bei der Weltwoche kommen hinzu: eine konsequente liberale Grundhaltung, die auch schon als anarcho-liberal bezeichnet, d.h. angefeindet wurde, sowie die Lust auf die Suche nach Hintergründen, nach Zusatzinformatio-nen oder anderen, neuen Zusammenhängen.

«Nein» schreiben heisst darum für uns nicht einfach die blinde Negation, sondern

- der konträre Standpunkt (auch wenn er zurzeit nicht mehrheitsfähig ist): Klima-Hysterie, Swissair-Zahlungen, Wahl Blochers
- die ganz andere (eventuell quere) Optik: Rätoromanen, Sessiun Flims, Einschätzung der Personen (Hoffnungsträgerin Leuthard)
- das andere Thema, das nicht auf der offiziö-sen Traktandenliste steht (Bern, Sozialhilfe Zürich)
- der Blick auf das Kleingedruckte oder die integrale Lektüre von Berichten anstelle der Zusammenfassung der Zusammenfassung
- das Nachrechnen (Neat, Bahn 2000, Entwicklungshilfe)
- die Pflege des Gedächtnisses (Neat),
- der konsequente Verzicht auf Nachbeterei.

Daraus ergibt sich eine andere Art der Selektion des Stoffes. Wir behandeln am liebsten Themen, die ganz neu und überraschend sind. Wir greifen ein Thema, das in der öffentlichen Diskussion Wellen wirft, nur dann auf, wenn wir es ganz anders abhandeln können. Anders kann, knapp gefasst, dreierlei heissen: eine ganz andere, originelle Form, ein ganz anderer Blickwinkel (Swissfirst/Wigdorovits), zweitens Zusatzinformationen von Belang oder drittens eine Einordnung in einen grösseren Zusammenhang (im Fachjargon «Übergeschichte» genannt). Der Rütli-Streit wäre eine solche Möglichkeit gewesen. Wenn uns nichts Derartiges einfällt, dann lassen wir das Thema: Lieber nichts sagen als ein belangloses, fades Echo absondern. In der Wirtschaftssprache ausgedrückt: Jeder Weltwoche-Text muss einen erkennbaren Mehrwert schaffen.

Unser Nein ist keine Geisteskrankheit, auch keine blinde Prinzipienreiterei, sondern pure Freude am Nonkonformismus und an der hitzigen Debatte. Wir fühlen uns der amerikanischen Freidenker-Bewegung verwandt, die unter dem Namen «free speech» an allen Bequemlichkeiten und Denkverböten rüttelt. Nicht aus Besserwisserei, sondern aus der Sorge um die Tradition einer echten offenen Gesellschaft.

### **3. Das Ausrufezeichen**

Zum Schluss gehe ich auf das Ausrufezeichen im Titel ein, das eine trotzig-e Haltung symbolisiert, ja fast eine Art von Überlegenheitsgefühl ausdrückt. Das ist nicht ganz falsch. Wir sind überzeugt von unserem Programm. Die vielen (auch sehr negativen) Reaktionen bestärken uns Tag für Tag.

Die andere Begründung für das Ausrufezeichen ist der wirtschaftliche Erfolg. Tatsächlich schreibt die Weltwoche heute schwarze Zahlen. Zum Vergleich: Als die Basler Zeitung als frühere Eigentümerin der Jean Frey AG den Verlag verkaufte, erwirtschaftete die Weltwoche einen Verlust von rund 10 Millionen Franken pro Jahr. Nach einem langen Auf und Ab hatte sich die beglaubigte Auflage letztes Jahr bei rund 85000 Exemplaren eingependelt. Seit letztem Spätherbst steigt diese Zahl kontinuierlich leicht an.

Man liebt die Weltwoche, oder man hasst sie und verdammt sie. Beide Reaktionen freuen mich gleichermassen. Sie beweisen, dass sie auch von den vielen, die sie ablehnen, gelesen und zur Kenntnis genommen wird.

---

Dieser Text ist die gekürzte Version eines Referats, das Weltwoche-Bundeshaus-Chef Urs Paul Engeler diesen Sommer im KKL Luzern vor Zentralschweizer Politikern und Wirtschaftsleuten gehalten hat.